

HEUSS-FORUM
2/2015

Jacob S. Eder

Die zukünftigen „Ideenträger der Republik“? Linksliberale Diskurse über Jugend und Bildungspraxis in den frühen 20er Jahren

**Theodor-Heuss-Kolloquium 2015
Liberalismus in der Zwischenkriegszeit.
Krise, Reform, Neuansätze
19.–20. März 2015**

Jacob S. Eder

Die zukünftigen „Ideenträger der Republik“? Linksliberale Diskurse über Jugend und politische Bildung in den frühen 20er Jahren

Das im Jahr 1919 veröffentlichte „Demokratische ABC“, das sich als das „erste politische Handbuch der neuen Zeit“ verstand, verzeichnete unter dem Schlagwort „Jugend“ eine scharfe Kritik an der apolitischen Haltung der Jugend während des Kaiserreichs und prangerte namentlich ein Desinteresse an der Parteipolitik an.¹ Diese Haltung sei ein „Verdammnisurteil“ für das Reich gewesen. An die junge Generation gerichtet, erging folgender Appell: „[E]rklärt daher, dass Ihr nun selber Euer und des Volkes Schicksal in die Hand nehmen wollt; denn Ihr seid die Zukunft, und die Zukunft hat immer recht. Uns droht der Terror der Radikalen oder ein Zurücksinken in das Alter. Zu neuen Wegen ruft die Demokratische Partei auf. Sie will die Gemeinschaft der deutschen Jugend und der starken ehrlichen Kräfte des deutschen Volkes; sie will die Republik im Geiste der Rechtsordnung.“²

Obgleich als Lexikon angelegt, war das „Demokratische ABC“ ein schlagwortartiges Kompendium der Programmatik der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Der Jugend sollte, so kann man folgern, beim Aufbau der Republik und deren zukünftigen Gestaltung eine entscheidende Aufgabe zukommen. In diesem Zusammenhang spielten bildungspolitische Überlegungen und Zielsetzungen

¹ Hugo Frenz (Hrsg.), *Demokratisches ABC. Erstes politisches Handbuch nach der Revolution*, Berlin 1919, S. 30.

² Ebd.

der DDP als der sich eindeutig zur Republik bekennenden Staats- und Verfassungspartei eine zentrale Rolle.³ Von Beginn an stand für diese fest, dass der Erfolg des demokratischen Staates von der Frage abhinge, „inwieweit es gelinge[n würde], das Volk zu staatsbürgerlicher Gesinnung zu erziehen.“⁴

Die Zielvorstellung der Staatsbürgergesellschaft – man könnte auch *civil society* oder etwas ahistorisch Zivilgesellschaft sagen – gehörte seit den Anfängen des Liberalismus zu seinen wichtigsten ideenpolitischen Säulen.⁵ In der politisch und gesellschaftlich unsicheren frühen Phase der Weimarer Republik wurde dieses traditionelle liberale Ziel der „Emanzipation“ bzw. Erziehung des Einzelnen zum vollberechtigten, selbstständigen und verant-

³ S. z.B. Werner Schneider, *Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik. 1924–1930*, München 1978, S. 33 u. auch Dieter Langewiesche, *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt am Main 1988, S. 265f.

⁴ So zusammengefasst bei Joachim Stang, *Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen. 1918–1933*, Düsseldorf 1994, S. 45. S. auch: Lothar Albertin, *Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei*, Düsseldorf 1972, S. 287f.; Stefan Grüner, *Zwischen Einheitssehnsucht und pluralistischer Massendemokratie. Zum Parteien- und Demokratieverständnis im deutschen und französischen Liberalismus der Zwischenkriegszeit*, in: Horst Möller/Manfred Kittel (Hrsg.), *Demokratie in Deutschland und Frankreich 1918–1933/40. Beiträge zu einem historischen Vergleich*, München 2002, S. 219–249, hier insbes.: S. 228–234; Werner Stephan, *Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei*, Göttingen 1973, S. 123f.

⁵ S. u.a. Dieter Langewiesche, *Liberalismus heute – historisch gesehen*, in: Friedrich Lenger (Hrsg.), *Liberalismus und Sozialismus. Gesellschaftsbilder – Zukunftsvisionen – Bildungskonzeptionen*, Bonn 2003, S. 206–231, hier: S. 214ff.

wortungsvollen Staatsbürger an die Festigung und die Überlebenschancen der jungen Republik gekoppelt.⁶ Hier korrespondierten linksliberale Erwartungshaltungen mit einem gesellschaftlich breit verankerten Diskurs über „Jugend“, der diese zur Projektionsfläche für Sehnsüchte und Ängste machte.⁷ Im Folgenden soll daher gefragt werden, wie sich das Leitbild der Staatsbürgergesellschaft in der linksliberalen Auseinandersetzung mit Jugend und politischer Bildung abbildete und mit welchen Argumenten die Erziehung zu liberalen Tugenden diskutiert wurde. Wie spiegelten sich die Vorstellungen von Repräsentanten des Weimarer Linksliberalismus – in bzw. im Umfeld der DDP – über die zukünftige Verwirklichung einer Gesellschaft aus mündigen und verantwortungsvollen Staatsbürgern in Diskursen über Jugend und politische Bildung wider? Wie diskutierten diese in der frühen Weimarer Republik Handlungsoptionen und Zielvorstellungen für die zukünftige Gestaltung der Republik und suchten so nach neuen Leitbildern für den Liberalismus?

Die enge Verzahnung von Zukunftsentwürfen, Jugend und politischer Bildung muss freilich vor dem Hintergrund einer „elementaren Verunsicherung“ der Liberalen nach Kriegsende wie auch der Herausforderung gesehen werden, die diese in der Massendemokratie für ihren politischen und gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch erkannten.⁸ Zudem argu-

mentierte und operierte der organisierte Linksliberalismus nicht nur aus der Defensive gegen die Feinde der Republik, sondern bald auch von einer zunehmend marginalisierten Position aus: Während die DDP bei den ersten Reichstagswahlen 1919 noch 18,5% der Stimmen erhalten hatte, waren es schon 1920 nur noch 8,3% und im Juli 1932 – in der tiefsten Krise der Republik, die zugleich eine Krise des Liberalismus war – nur noch 1% (als Deutsche Staatspartei).⁹ Ein ähnliches Gefälle zeigen die Mitgliederzahlen in der Jugendorganisation der Partei: Gehörten ihr Anfang der 20er Jahre, je nach Zählung, 20.000 oder gar 30.000 Jugendliche an, waren es schon Mitte der 20er Jahre nur noch knapp über 2.000.¹⁰ Zwar erlauben es diese Zahlen nicht, die geläufige Verfallsgeschichte des Weimarer Liberalismus infrage zu stellen, dennoch verdeutlichen sie, dass es in der Weimarer Frühphase eine Konjunktur des Linksliberalismus gegeben hatte, auch wenn die Diskrepanz zwischen gesamtgesellschaftlichem Gestaltungsanspruch

⁶ Albertin, Liberalismus und Demokratie, S. 430f.

⁷ S. z.B. Detlef Peukert, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt am Main 1987, S. 94-100.

⁸ Anselm Doering-Manteuffel/Jörn Leonhard, Liberalismus im 20. Jahrhundert. Aufriss einer historischen Phänomenologie, in: dies. (Hrsg.), Liberalismus im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2015, S. 13-32, hier: S. 23. S. auch Langewiesche, Liberalismus in Deutschland, 239. Grundlegend zur Zukunftsentwürfen in der Weimarer Republik: Rüdiger Graf, Die

Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftaneignungen in Deutschland 1918-1933, München 2008. S. auch Wolfgang Hardtwig, Einleitung: Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit, in: ders. (Hrsg.), Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918-1939, Göttingen 2005, S. 7-22.

⁹ S. u.a. Langewiesche, Liberalismus in Deutschland, S. 241-243 u. 334.

¹⁰ Larry Eugene Jones, German Liberalism and the Alienation of the Younger Generation in the Weimar Republic, in: Konrad H. Jarausch/ders. (Hrsg.), In Search of a Liberal Germany. Studies in the History of German Liberalism from 1789 to the Present, New York u.a. 1990, S. 287-321, hier: S. 299 u. Wolfgang Krabbe, Die gescheiterte Zukunft der Ersten Republik. Jugendorganisationen bürgerlicher Parteien im Weimarer Staat (1918-1933), Opfaden 1995, S. 117f.

und Erfolg des Linksliberalismus an der Wahlurne sehr bald evident wurde.¹¹

In diesem Spannungsfeld zwischen Anspruch bzw. Erwartung und zunehmender organisatorischer Schwäche ist der linksliberale Diskurs über Jugend und politische Bildung zu verorten, und es gilt zu fragen, in welchem Verhältnis die Motive des Idealdiskurses zu den politischen Rahmenbedingungen standen. Dies soll anhand von drei Schlaglichtern erörtern werden, indem erstens auf den linksliberalen Diskurs über Jugend eingegangen wird. Zweitens wird gefragt, wie die Jugend – und das bezieht sich auf die DDP-nahe Jugendorganisation – selbst zu diesen Debatten Position bezog. Und drittens soll ausgehend von den Jugenddiskursen danach gefragt werden, wie durch politische Bildung die Grundlage dafür gelegt werden sollte, damit Jugend bzw. die heranwachsende Generation zum „Ideenträger“ – wie es zeitgenössisch hieß – der Republik werden könnte.¹²

*

„Jugend“ war nicht erst seit Ende des Ersten Weltkriegs Gegenstand und Personifikation von Utopien und Zukunftsentwürfen.¹³ Seit etwa den 1890er Jahren war „Jugend“ „zu einer soziologisch definierten Größe von zunehmender gesellschaftlicher Relevanz“ ge-

¹¹ Zum gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsanspruch s. Deutsche Demokratische Partei, Programm, Dezember 1919, in: Wilhelm Mommsen (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme, München 1960, S. 508-514. S. auch: Nadine Rossol, Chancen der Weimarer Republik, in: Neue Politische Literatur 55 (2010), S. 393-419.

¹² O.V., Jungdemokratischer Ostpreußentag, in: Der Demokrat, 28.4.21, S. 339-342.

¹³ S. z.B. Jürgen Reulecke, Utopische Erwartungen an die Jugendbewegung 1900-1933, in: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.), Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit, München 2003, S. 199-218; Peukert, Weimarer Republik, S. 94-100.

worden, auf die sich entsprechend auch die Bemühungen der politischen Parteien richteten.¹⁴ Zwar hoben bis auf USPD und KPD alle Weimarer Parteien die Bedeutung der Kultur- und Schulpolitik als wichtiges Instrument der Einheitsstiftung hervor, die DDP entwickelte in diesem Kontext aber das sichtbarste Profil.¹⁵ Auch wenn die Kulturpolitik nur eine kurze Konjunktur zu Beginn der Weimarer Republik erlebte, sollte ihr gerade bei den Bemühungen um Unterstützung der Jugend und von Studenten eine „aktivierende Funktion“ zukommen.¹⁶

Der Diskurs in der *Hilfe*, dem wichtigsten Publikationsorgan des Linksliberalismus, über die angeblich apolitische Jugend war von großer Skepsis geprägt. Zum Beispiel verwiesen die Autoren auf die Opfer und das Leiden, welche der Krieg gerade für die jungen Soldaten und Kriegsheimkehrer bedeutet hatte; aus dieser Perspektive erschien die Jugend desillusioniert und politisch desorientiert.¹⁷ Es sei eine Aufgabe für das „reifere Lebensalter“ und gerade für die „geistigen Führer [...] des fortschrittlichen Deutschland“, der Jugend aufzuzeigen, dass der Liberalismus sich durch Weltkrieg und Revolution nicht erledigt hätte, sondern dessen „Ideale“ weiterhin „Leitsterne“ sein könnten.¹⁸ Dies habe der organisierte Liberalismus aber Anfang der 20er Jahre noch nicht geleistet.

Zwei regelmäßige Autoren der *Hilfe* zeigten sich hinsichtlich des politischen Potentials der deutschen Jugend skeptisch. Besonders hart ging Getrud Bäumer (1873-1954) mit der –

¹⁴ Krabbe, Die gescheiterte Zukunft, S. 23f.

¹⁵ S. hierzu: Frank Trommler, Kulturmacht ohne Kompass. Deutsche auswärtige Kulturbeziehungen im 20. Jahrhundert, Köln u.a. 2014, S. 294-300.

¹⁶ Ebd., S. 295.

¹⁷ Vgl. z.B. Peukert, Weimarer Republik, S. 94-100.

¹⁸ Rosa Kempf, Not der Jugend, in: Die Hilfe Nr. 4 (1921), S. 60-62.

nicht nur DDP-nahen – Jugendbewegung ins Gericht. Bäumer war bis zum Tod Friedrich Naumanns (1860-1919) eine seiner engen Mitarbeiterinnen gewesen und hatte zeitweilig als Herausgeberin der *Hilfe* fungiert. Krieg und Revolution, schrieb sie 1921, hätten zu einer „Verzettelung, Planlosigkeit und Zerfallenheit“ in verschiedene politische Lager geführt. Zwar sei eine „verjüngende Kraft“ dringend notwendig, die Jugendbewegung zeichnete sich aber durch einen Mangel an politischer Kenntnis, Wissen und Zielsetzungen aus.¹⁹ Aus Bäumers Sicht stellte es sich als Grundproblem dar, dass die Jugend sich zwar für die „Macht des Geistes“ interessiere, ihr aber das Interesse an den politischen Verhältnissen fehle. Dieser pessimistischen Deutung der Gegenwart setzte Bäumer demonstrativ ein Zukunftsszenario entgegen, welches die eigenen politischen Ziele zu bestätigen schien.²⁰ Sie bekräftigte in der *Hilfe*, dass die Jugendbewegung, sobald diese politisch werden würde, zwangsläufig eine demokratische Bewegung werden und die demokratische Staatsidee im Sinne Naumanns favorisieren müsste. Für Bäumer verstand es sich von selbst, dass die „beiden Ideen“ der Jugendbewegung – „Freiheit und Volksgemeinschaft“ – nur in einem demokratischen Staat zu verwirklichen seien. Ob dies nun der DDP und dem organisierten Liberalismus zugute käme, sei nebensächlich. Für sie stand fest, dass aus einer politisch denkenden Jugend „einmal das Gebilde eines aus [sic] der Selbstbestimmung seiner Bürger be-

¹⁹ Gertrud Bäumer, Kraft und Schwäche der Jugendbewegung, in: Die Hilfe Nr. 9 (1921), S. 141f.

²⁰ S. dazu auch: Thomas Hertfelder, „Meteor aus einer anderen Welt“. Die Weimarer Republik in der Diskussion des Hilfe-Kreises, in: Andreas Wirsching/Jürgen Eder (Hrsg.), Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Wissenschaft, Politik und Literatur, Stuttgart 2008, S. 29-55, hier: S. 38.

ruhende[n] Volksstaat[es]“ entstehen würde.²¹ Fundierte Argumente, die über die affirmative Rekapitulation ihrer Überzeugungen hinausgingen, blieb sie aber schuldig.

Ähnlich äußerte sich auch der knapp zwanzig Jahre jüngere Wilhelm Mommsen (1892-1966), der dem „Reichsbund demokratischer Studenten“ vorstand. Auch der neunundzwanzigjährige Historiker sprach der Jugend die Fähigkeit zur aktiven Teilnahme an der Politik grundsätzlich ab, sah es jedoch als Fortschritt im Vergleich zum Kaiserreich, dass sie überhaupt Interesse an der Politik zeige.²² Könne man die Jugend allerdings zum politischen Handeln erziehen, so Mommsen, würde sie fast zwangsläufig die Demokratie als Staatsform unterstützen, da sie „unbewußt auf dem Boden der Naumannschen Ideen“ stehe.²³ Argumentativ untermauerte Mommsen diese Behauptung mit Beobachtungen auf einer Tagung des Ausschusses deutscher Jugendverbände 1921. Hier sei deutlich geworden, dass die Jugend durch eine „innere Gemeinschaft“ über alle politischen Lagergrenzen hinweg verbunden sei und nur dann zu radikalen Positionen neige, wenn sie von Älteren entsprechend beeinflusst werde.

Dass hier anhand des Themas „Jugend“ Zukunftshoffnungen formuliert und generiert wurden, ist angesichts der drückenden Probleme der Republik und der sich bereits Anfang der 20er Jahre abzeichnenden Schwäche des organisierten Liberalismus wenig erstaunlich. Sicherlich spielte hinter der Fassade dieser affirmativen, den eigenen politischen Zielvorstellungen dienenden Szenarien auch die poli-

²¹ Gertrud Bäumer, Die Politik der Jugend II., in: Die Hilfe Nr. 26 (1921), S. 406f. Teilweise Hervorheb. i. Orig.

²² Wilhelm Mommsen, Jugend und Politik, in: Die Hilfe Nr. 29 (1921), S. 458-460.

²³ Ebd.

tische Ansprache und Mobilisierung der Jugend eine wichtige Rolle. Entsprechend bekräftigten Vertreter der demokratischen Jugendbewegung in ihren Stellungnahmen in der *Hilfe* diese Ansichten, auch wenn sie ebenfalls keine stichhaltigen Begründungen für ihre Überzeugung darlegen konnten. Stattdessen postulierten sie, dass sich die Jugend – trotz gegenwärtiger politischer Fragmentierung – zwangsläufig „zum demokratischen Staat hin bewegen“ würde und stilisierten die liberale Jugendbewegung Anfang der 20er Jahre als Hoffnungsträgerin für die Demokratie.²⁴ Nur sie könne die „Prägung eines neuen Typus des deutschen Staatsbürgers“ leisten, worin sie sich grundsätzlich von der Rechten unterscheide, die nach „dem starken Mann“ rufe.²⁵ Aus der demokratischen Jugendbewegung würde die demokratische Elite hervorgehen, die das Ziel der demokratischen „Volksgemeinschaft“ zu verwirklichen vermöge. Auch der Autor dieses Artikels aus der *Hilfe* vermochte seine Gewissheit nicht mit Argumenten zu untermauern, sondern suggerierte, dass wachsender „Pessimismus“ und Enttäuschung über die „Träger“ der Parteien zwangsläufig die demokratische Jugendbewegung stärken müssten.

Neben der Beschreibung unrealistischer und letztlich unbegründeter bzw. nicht zu begründender Zukunftsszenarien ist ferner eine gewisse Ambivalenz des liberalen Demokratiediskurses zu attestieren. Anstelle von genuin liberalen Idealvorstellungen, bei denen die Einzelpersonlichkeit als wichtiger Referenzpunkt diene, wurde hier die Sehnsucht nach

²⁴ Friedrich Baerwald, Aus der Jugendbewegung. Die Bedeutung der demokratischen Jugendbewegung, in: Die Hilfe Nr. 22 (1921), S. 351f.

²⁵ Karl Frank, Vom Wollen der demokratischen Jugend, in: Die Hilfe Nr. 32 (1921), S. 503-505. Teilw. Hervorheb. i. Orig.

einem kollektiv getragenen, starkem Staat sichtbar, der allein „die Heilung unserer politischen Nöte“ leisten könne, wie man in der *Hilfe* lesen konnte.²⁶ Ferner deutet der Rekurs auf die „Volksgemeinschaft“ auf die Anpassung des begrifflichen Instrumentariums an den Zeitkontext hin.²⁷ Jedoch implizierte der linksliberale Gebrauch dieser Vokabel keine rassistische oder völkische Gemeinschaft, sondern betonte die Chancen der Demokratie, die „Intensität politischer Bindung“ zu erhöhen, um die Fragmentierung der Gesellschaft überwinden und den Wiederaufstieg der Nation erreichen zu können.²⁸ Auf die demokratische Jugendbewegung, der mit Blick auf diese Zukunftshoffnungen eine zentrale Rolle zukam, will ich nun in meinem zweiten Punkt genauer eingehen.

*

Gegründet wurde der Reichsbund Deutscher Demokratischer Jugendvereine im Jahr 1919. Er war eng an die DDP gekoppelt und verstand sich inhaltlich als „national“ und „sozial“ im Sinne Naumanns.²⁹ Wie bei den Jugendver-

²⁶ Ebd.

²⁷ Marcus Llanque, Der Weimarer Linksliberalismus und das Problem politischer Verbindlichkeit. Volksgemeinschaft, demokratische Nation und Staatsgesinnung bei Theodor Heuss, Hugo Preuß und Friedrich Meinecke, in: Doering-Manteuffel/ Leonhard (Hrsg.), Liberalismus im 20. Jahrhundert, S. 157-181, hier: S. 158-161.

²⁸ Ebd., S. 163. S. auch: Frank Bajohr/Michael Wildt, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2009, S. 7-23, hier: S. 8. u. auch Wildt, Die Ungleichheit des Volkes. „Volksgemeinschaft“ in der politischen Kommunikation der Weimarer Republik, in: ebd., S. 24-40.

²⁹ Ludger Grevelhörster, Organisatorische Entwicklung und Flügelkämpfe in der Demokratischen Jugend von 1919 bis zum ihrem Auseinanderbrechen 1930, in: Wolfgang R. Krabbe (Hrsg.), Politische Jugend in der Weimarer Republik, Bochum 1993,

bänden anderer Parteien auch stand zunächst die politische Schulung und Rekrutierung von zukünftigem Führungspersonal für die DDP im Vordergrund.³⁰ Der organisierte Liberalismus hatte bei der Weimarer Jugend indes insgesamt einen besonders schweren Stand und verlor im Verlauf der Weimarer Republik und mit Erstarren ihrer radikalen Gegner – vor allem des Nationalsozialismus als einer Bewegung des Jugendkults – zunehmend an Unterstützung.³¹

Unter seinem zweiten Bundesvorsitzenden Heinrich Landahl (1895-1971), der aus der freideutschen Jugend stammte, löste sich der Reichsbund ab 1920 aus der engen Bindung von der DDP und machte es sich zur Aufgabe, unabhängig von der konkreten Parteipolitik die zukünftige demokratische „Volksgemeinschaft“ zu gestalten und durch „Selbsterziehung“ deren Staatsbürger zu schaffen.³² Ich beschränke mich hier auf die wesentlichen Themenfelder im Diskurs bis zum Jahr 1923, in welchem im Kontext des Ruhrkampfes ein erneuter Führungswechsel in der demokratischen Jugend stattfand. Nach diesem Bruch rückte die demokratische Jugendbewegung wieder enger an die DDP, womit eine Konkretisierung der politischen Planungen einherging; jedoch schrumpften, wie eingangs bemerkt, die Mitgliederzahlen so sehr, dass man kaum noch von einer starken Bewegung sprechen kann.

S. 87-105, hier: S. 89 u. Krabbe, Die gescheiterte Zukunft, S. 111-144.

³⁰ Krabbe, Die gescheiterte Zukunft, S. 63f. u. 115.

³¹ Ursula Büttner, Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008, S. 89. S. auch: Krabbe, Die gescheiterte Zukunft, S. 31f.

³² Grevelhörster, Organisatorische Entwicklung und Flügelkämpfe, S. 93.

Die Berichte und Stellungnahmen der demokratischen Jugendbewegung, die über die DDP-Parteizeitschrift *Der Demokrat* an einen breiten Adressatenkreis gerichtet waren, lassen Rückschlüsse nicht nur auf politische Ziele, sondern auch auf ihr kommuniziertes Selbstbild zu. Insgesamt enthielten sie durchweg affirmative Bekenntnisse zu Demokratie und Republik und stilisierten die Jugend als zentrale Stütze des Staates; es sei sowohl ihre Aufgabe, diesen zu verteidigen, als auch seine zukünftigen Geschicke zu gestalten.³³ Deutlicher als im Diskurs *über* die Jugend wurde in diesem Zusammenhang aber auch der Ruf nach einer starken Führerfigur artikuliert sowie die nationale Stoßrichtung des Liberalismus betont, unter anderem in der Forderung nach einem Anschluss Österreichs.³⁴

So richtete zum Beispiel Landahl zum 50. Jahrestag der Reichsgründung, also am 18. Januar 1921, einen „Aufruf an die deutsche Jugend“, in dem er die Weimarer Verfassung als Vollendung des Werks Bismarcks charakterisierte. Erst in Weimar sei es zur „Volkseinigung“ gekommen, und es sei nun die Aufgabe der Jugend, das Ziel der „deutsche[n] Volksgemeinschaft“ zu verwirklichen.³⁵ Sicherlich dienten solche Forderungen in erster Linie der politischen Mobilisierung gleichgesinnter Altersgenossen sowie der Profilierung des jungen Politikers, aber sie beschrieben eben auch eine bestimmte Vorstellung von der Zukunft der

³³ S. z.B. o.V., Jugend heraus!, in: *Der Demokrat*, 17.2.21, S. 142f.

³⁴ S. z.B. Jürgen C. Heß, „Das ganze Deutschland soll es sein“. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der DDP, Stuttgart 1978 u. Erin R. Hochman, *Ein Volk, ein Reich, eine Republik: Großdeutsch Nationalism and Democratic Politics in the Weimar and First Austrian Republics*, in: *German History* 32 (2014), S. 29–52.

³⁵ Heinrich Landahl, Aufruf an die deutsche Jugend, in: *Der Demokrat*, 13.1.21, S. 53f.

Republik. Die von der demokratischen Jugendbewegung eingeforderte Staatsbürgergesellschaft sollte eine – Naumann folgend – soziale und nationale, d.h. großdeutsche, „Volksgemeinschaft“ inklusive der „österreichischen Brüder“ sein.³⁶

Konkrete Vorstellungen wurden beispielsweise auf der Kronacher Jugendwoche 1921 geäußert. Demokratie habe demnach als „Ausbau des Staates im genossenschaftlichen Geiste als Vereinigung gleicher und freier Menschen“ zu gelten; sie sei gerade keine „Massenherrschaft, sondern Führerauslese auf breitester Grundlage und als solche Erziehungsarbeit“.³⁷ Noch gäbe es aber gravierende Defizite unter den deutschen „Untertan[en]“, die ihre Pflichten als Staatsbürger erst noch lernen müssten, sodass die „Demokratie [...] lebendiges Besitztum“ werden könne.³⁸ Und wie der damals 23-jährige Ernst Lemmer (1898-1970), später Vorsitzender des Reichsbundes, bei einer anderen Gelegenheit hinzufügte, müsse die Demokratie die „Selbstverwaltung selbstbestimmter Menschen werden. Der Dienst am Volke für den Staat müsse für jeden Bürger der herrlichste Dienst werden.“³⁹

Klar erkannt hatten die Vertreter der demokratischen Jugendbewegung in diesem Kontext die Wichtigkeit von Symbolen und demokratischen Ritualen für die langfristige Festigung der Republik.⁴⁰ Dies beinhaltete zum Beispiel

ein Bekenntnis zur schwarz-rot-goldenen Flagge oder die Forderung eines Nationalfeiertags am 11. August, dem Verfassungstag.⁴¹ Für die Identitätsstiftung der demokratischen Jugendbewegung im engeren Sinne wurde die Zusammenstellung eines demokratischen Volksliederbuches ohne monarchistische Lieder, das regelmäßige Singen des Jungdemokratenliedes sowie das Tragen eines schwarz-rot-goldenen Reichsbundabzeichens diskutiert.⁴² Eine wichtigere Rolle nahm allerdings die Frage der Erziehung der Staatsbürger sowie vor allem der Elite des demokratischen Staats ein. So postulierte Landahl, dass es die Aufgabe der demokratischen Jugendbewegung sein müsse, „Persönlichkeiten, die verantwortliche Führer sein wollen“, zu erziehen; dies sei unabdingbar, damit Deutschland wieder „einen berechtigten Platz unter den Völkern erhalte“.⁴³ Auch Landahls Konkurrent und Nachfolger Lemmer sprach 1921 von der Aufgabe, „dem werdenden neuen Deutschland die neuen Menschen zu geben“. Von elementarer Bedeutung für die „demokratische Zukunftsgestaltung“ sei dabei die „Heranbildung von verantwortungsvollen und zielklaren *Führern*.“ Diese demokratische Elite – „die Besten der Nation“ – sollten sich nicht so sehr als die Repräsentanten der öffentlichen Meinung sehen,

³⁶ Sieh z.B. R. My., Eine Kundgebung der demokratischen Jugend Groß-Berlins für die Republik, in: Der Demokrat, 25.8.21, S. 671.

³⁷ O.V., Die demokratische Jugendwoche in Kronach, in: Der Demokrat, 18.8.21, S. 647-650.

³⁸ Ebd.

³⁹ O.V., Demokratische Jugendbewegung. Herbsttagung der Deutschen Demokratischen Jugend Württemberg, in: Der Demokrat, 17.11.21, S. 919f.

⁴⁰ S. u.a. Manuela Achilles, With a Passion for Reason. Celebrating the Constitution in Weimar Ger-

many, in: Central European History 43 (2010), S. 666-689.

⁴¹ O.V., Demokratische Jugendbewegung. Gautagung der demokratischen Jugendvereine der Wahlkreise Düsseldorf-Ost und West in Werden (Ruhr), in: Der Demokrat, 28.7.21, S. 615f. Vgl. Hertfelder, „Meteor aus einer anderen Welt“, S. 50-52.

⁴² O.V., Preisausschreiben für ein Reichsbundabzeichen, in: Der Demokrat, 28.7.21, S. 597; Walther Würtz, Liederbuch-Aufruf, in: ebd., S. 597f.

⁴³ O.V., Demokratische Jugendbewegung. Gautagung der demokratischen Jugendvereine der Wahlkreise Düsseldorf-Ost und West in Werden (Ruhr), in: Der Demokrat, 28.7.21, S. 615f.

sondern das Volk „mit eisernem Willen“ führen.⁴⁴

Neben einem grundsätzlichen Bekenntnis zur demokratischen Staatsform und einer intensiven Diskussion über deren Festigung verdeutlichen diese Ausführungen auch, dass bereits zu Beginn der 20er Jahre der im Grunde illiberale Topos des starken „Führertums“ fester Bestandteil des republikanischen Diskurses der demokratischen Jugendbewegung war. Hier nahm der DDP-Nachwuchs Bezug auf eine Debatte, die auch in der DDP geführt wurde, welche nach dem Tode Naumanns keine vergleichbare Identifikationsfigur mehr hatte aufbieten können.⁴⁵ Das „Führerproblem“ gehörte folglich zu den Grundkonstanten des linksliberalen Demokratiediskurses, der beispielsweise im *Hilfe*-Kreis besonders intensiv geführt wurde.⁴⁶ Hier bemühte sich u.a. Gertrud Bäumer, den von vielen postulierten Widerspruch zwischen demokratischer Massenherrschaft und Führertum argumentativ zu entkräften. Auch die „demokratische Idee“ überließe die Auswahl des Führers nicht der Masse, sondern ein demokratischer Führer würde mit dieser „ringen“, bis er sie überzeugt habe und sie sich „ergibt“.⁴⁷ Langfristig konkurrenzfähig machen konnte diese Rhetorik, die zwar mit derjenigen der rechten Republikgegner korrespondierte, ohne jedoch dabei die parlamentari-

sche Demokratie grundsätzlich infrage zu stellen, die Linksliberalen aber nicht.⁴⁸

Auf die breitere Masse der deutschen Jugend bezogen waren sich die Vertreter des Reichsbundes einig, dass hier, wie es z.B. Wilhelm Mommsen forderte, intensive „staatsbürgerliche Erziehung [...] frei von politischem Dogma“ notwendig sei.⁴⁹ Die Jugend müsse, so formulierte es ein anderer Funktionär, erkennen, dass es neben dem Beruf noch etwas „Höheres gebe: den Staat“.⁵⁰ Für die Aufgaben im Staat müsse die Jugend vorbereitet und erzogen werden. Jedoch spielten für die demokratische Jugendbewegung die Frage, wie die eingeforderte „Erziehung zur Demokratie“ genau erfolgen und die Jugend zum „Ideenträger der Republik“ werden sollte, eine weniger zentrale Rolle; diese blieben den älteren Linksliberalen überlassen, womit ich zum dritten Punkte komme.

*

Wie sollte nun also die Jugend für die ihr zugedachte Rolle „erzogen“ werden? Nun will ich nicht detailliert linksliberale Bildungspolitik erörtern und auch nicht auf die Schwierigkeiten bei der Umsetzung in die Praxis eingehen. Stattdessen erscheint es mir lohnenswert, aufbauend auf dem zuvor Gesagten die Zielvorstellungen nachzuzeichnen, die sich neben vagen Forderungen nach Selbstbildung bzw. Bildung „von innen“ auf konkrete Maßnahmen bezogen. Wie eingangs bemerkt, bestand aus

⁴⁴ O.V., Demokratische Jugendbewegung. Jugend und Partei, in: Der Demokrat, 22.9.21, S. 744.

⁴⁵ Langewiesche, Liberalismus in Deutschland, S. 242.

⁴⁶ Hertfelder, „Meteor aus einer anderen Welt“, S. 39-42. S. auch Manfred Gangl, Die Gründung der „Deutschen Hochschule für Politik“, in: ders. (Hrsg.), Das Politische. Zur Entstehung der Politikwissenschaft während der Weimarer Republik, Frankfurt am Main u.a. 2008, S. 77-96, hier: S. 85f.

⁴⁷ Gertrud Bäumer, Die Politik der Jugend II., in: Die Hilfe Nr. 26 (1921), S. 406f.

⁴⁸ S. z.B. Grüner, Zwischen Einheitssehnsucht und pluralistischer Massendemokratie, S. 232-234 u. Langewiesche, Liberalismus in Deutschland, S. 266f.

⁴⁹ O.V., Demokratische Jugendbewegung. Führertagung der deutschen Jugendverbände, in: Der Demokrat, 6.10.21, S. 783.

⁵⁰ O.V., Demokratische Jugendbewegung. Herbsttagung der Deutschen Demokratischen Jugend Württemberg, in: Der Demokrat, 17.11.21, S. 919f.

Sicht der Linksliberalen ein existenzieller Zusammenhang zwischen staatsbürgerlicher Erziehung und der Festigung der Demokratie. Daher erscheinen zwei Punkte besonders relevant: die Vermittlung eines „demokratischen Geists“ in den Schulen, also die Erziehung der Jugend zu verantwortungsbewussten Staatsbürgern, sowie die Bildung einer demokratischen Elite für die Republik. Diese Aufgaben stellten sich freilich nicht nur der DDP bzw. deren Umfeld, sondern wurden auch von anderen Parteien und wichtigen Behördenvertretern erkannt. Dazu zählte die überparteiliche Zentrale für Heimatdienst, die beispielsweise 1919 in einer „Denkschrift für das deutsche Volk“ mit ähnlichen Argumenten die Dringlichkeit von „volkserzieherischen Aufgaben“ anmahnte.⁵¹ Als weiteres Beispiel ließe sich das Preussische Kultusministerium anführen, wo unter Minister Konrad Haenisch (SPD) und dessen parteilosem Staatssekretär Carl Heinrich Becker – letztlich vergeblich – eine nationale, zentral gesteuerte Bildungspolitik eingefordert wurde, u.a. in Form eines Reichskultusministeriums.⁵² In der DDP jedoch maß man diesen Vorhaben besonderes Gewicht bei. Auch wenn wesentliche bildungspolitische Ziele der DDP – vor allem die Einheitsschule und die Abschaffung der Konfessionsschule, die beispielsweise auch Becker forderte – gegen den Widerstand von konservativen und klerikalen Kräften bereits im Weimarer Schulkompromiss von 1920 gescheitert waren⁵³, wurden unter anderem im *Hilfe-Kreis* entsprechende Forderungen auch danach weiter intensiv diskutiert.

⁵¹ Zentrale für Heimatdienst, *Der Geist der neuen Volksgemeinschaft. Eine Denkschrift für das Deutsche Volk*, Berlin 1919, S. 2. S. auch Trommler, *Kulturmacht*, S. 299.

⁵² Trommler, *Kulturmacht*, S. 293f.

⁵³ Albertin, *Liberalismus und Demokratie*, S. 287-293.

Für die DDP war der Besuch einer Gemeinschafts- bzw. Simultanschule ohne konfessionelle Trennung das dringlichste „Mittel [...] zur Demokratisierung des Nachwuchses“⁵⁴, und die „Erziehung von Staatsbürgern zur Mitarbeit im demokratischen neuen Deutschland“ erschien als eine der wichtigsten Aufgaben der frühen 20er Jahre.⁵⁵ Für Gertrud Bäumer zum Beispiel stellte sich eine demokratische Bildungspolitik und die „Erziehung zur Demokratie“ als einzig möglicher Weg dar, die „Einheit von Volk und Staat im nationalen Sinne“ zu erreichen.⁵⁶ In diesem Kontext hatte man große Hoffnung auf das Schulfach „Staatsbürgerkunde“ gesetzt, das zwar in der Reichsverfassung festgeschrieben worden war, in der Praxis aber nicht als eigenständiges Schulfach etabliert werden konnte.⁵⁷

Neben solchen auf die gesamte zukünftige Bevölkerung der Republik gerichteten Überlegungen und Vorhaben, die sich auf politische Haltungen bezogen, stellte sich insbesondere auch die Frage der demokratischen Elitenbildung. Diese Diskussion wurde beispielsweise

⁵⁴ O.V., *Demokratische Bildungspolitik*, in: *Der Demokrat*, 27.10.21, S. 839f. S. auch Hertfelder, „Meteor aus einer anderen Welt“, S. 48 u. Hans-Georg Herrlitz u.a., *Deutsche Schulgeschichte von 1800 bis zur Gegenwart. Eine Einführung*, 4. überarb. u. akt. Aufl., Weinheim/München 2005, S. 126f.

⁵⁵ M. Unterhorst, *Politische Erziehung*, in: *Die Hilfe* Nr. 22 (1920), S. 325-328, hier: S. 326. S. auch Hartmut Schustereit, *Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919-1930*, Düsseldorf 1975, S. 168-179.

⁵⁶ Gertrud Bäumer, *Geist und Aufgabe der Schule in der Demokratie* (Referat zur Kulturpolitik auf dem Parteitag von 1921), in: *Der Demokrat*, 17.11.21, S. 908f.

⁵⁷ Joachim Detjen, *Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland*, München u. Wien, 2007, S. 71-83. S. auch: Albertin, *Liberalismus und Demokratie*, S. 287f.

in der *Hilfe* vor dem Hintergrund eines immer wieder durchscheinenden Misstrauens gegenüber „Demagogen einerseits und der Masse des ‚Stimmviehs‘ [...] andererseits“ geführt, beides Erscheinungen, mit denen sich die Demokratie gleichsam aus sich selbst heraus gefährdete.⁵⁸ Bürgerliches Elitebewusstsein traf hier auf die Bedingungen der Massendemokratie und rief dabei deutliches Unbehagen, Misstrauen und Furcht vor dem Wahlvolk hervor.⁵⁹

Das wohl wichtigste Vorhaben, aus dem skizzierten Kontext dieser speziellen Herausforderung zu begegnen, war die 1920 von Ernst Jäckh (1875-1959) gegründete und geleitete Deutsche Hochschule für Politik (DHfP), die aus der von Naumann 1918 gegründeten Deutschen Staatsbürgerschule hervorging.⁶⁰ Sie zielte in erster Linie auf Politiker, Lehrer und Personen, die man heute Multiplikatoren nennen würde, ab.⁶¹ Bekanntlich war die Geschichte der DHfP keine Erfolgsgeschichte, und gerade zum Ende der Republik und darüber hinaus arrangierten sich zahlreiche Mit-

arbeiter mit dem Nationalsozialismus.⁶² Zu Beginn der Weimarer Republik korrespondierten die Überlegungen über die Funktion und Aufgaben einer solchen Hochschule jedoch mit den skizzierten Debatten über die Zukunft der Republik. Im diesem Kontext lieferte der ehemalige Rektor der Staatsbürgerschule und Dozent an der Hochschule für Politik, Wilhelm Heile (1881-1969), in der *Hilfe* im Jahr 1920 die entsprechenden Argumente: Die neue Hochschule solle eines der „wichtigsten und drängendsten Probleme der Demokratie“ lösen, nämlich „die im Volke vorhandenen Führerpersönlichkeiten“ finden und ausbilden.⁶³ Diese essentielle Aufgabe könne man nicht nur dem Staat überlassen. Aus allen „Lagern“ müssten daher die Bemühungen getragen werden, an der „Erziehung von Führern und damit der Erziehung des deutschen Volkes zur Politik“ zu arbeiten.⁶⁴ Dieses elitäre Verständnis von Demokratie liest sich nur vordergründig als Widerspruch zur Zielvorstellung einer liberalen Staatsbürgergesellschaft. Vielmehr unterstreicht es die Auffassung, dass diese aus der Sicht der Liberalen nicht ohne entspre-

⁵⁸ M. Unterhorst, Politische Erziehung, in: Die Hilfe Nr. 22 (1920), S. 325-328, hier: S. 326. S. auch Gangl, Die Gründung der „Deutschen Hochschule für Politik“, S. 85.

⁵⁹ S. z.B. Hardtwig, Einleitung: Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit, S. 18f. u. Paul Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000, S. 112ff. u. 124f.

⁶⁰ S. u.a. Rainer Eisfeld, Ausgebürgert und doch angebräunt. Deutsche Politikwissenschaft 1920-1945, 2. überarb. Aufl., Baden-Baden 2013, S. 45-83; Gangl, Die Gründung der „Deutschen Hochschule für Politik“, S. 77-96; Steven D. Korenblat, A School for the Republic? Cosmopolitans and Their Enemies at the Deutsche Hochschule für Politik, 1920-1933, in: Central European History 39 (2006), 394-430; Erich Nickel, Politik und Politikwissenschaft in der Weimarer Republik, Berlin 2004.

⁶¹ Nickel, Politik und Politikwissenschaft, S. 81.

⁶² Gangl, Die Gründung der „Deutschen Hochschule für Politik“, S. 77. S. auch Eisfeld, Ausgebürgert und doch angebräunt, S. 29f. u. 36 u. Korenblat, A School for the Republic, S. 408-418.

⁶³ Wilhelm Heile, Eine deutsche Hochschule für Politik, in: Die Hilfe Nr. 36 (1920), S. 553. Natürlich spielten hier auch außenpolitische Überlegungen eine Rolle, ging es nicht zuletzt auch um die Überwindung des Versailler Vertrags und Wiederherstellung einer deutschen Führungsrolle in der Welt: Eisfeld, Ausgebürgert und doch angebräunt, S. 47.

⁶⁴ Wilhelm Heile, Eine deutsche Hochschule für Politik, in: Die Hilfe Nr. 36 (1920), S. 553. Ähnlich äußerten sich auch Wilhelm Mommsen, der in der *Hilfe* die „Heranbildung“ von demokratischen Führungspersönlichkeiten als Grundvoraussetzung für eine neue deutsche „Kultur“ einforderte: Wolfgang Mommsen, Kulturelle Politik als Realpolitik, in: Die Hilfe Nr. 10 (1921), S. 156f.

chende Bildungs- bzw. Erziehungsprogramme zu schaffen sei, brachte zugleich jedoch eine fundamentale Skepsis gegenüber der Massendemokratie zum Ausdruck.⁶⁵

*

Die skizzierten Diskurse spiegeln eine intensive Reflexion über Fragen der Festigung und zukünftigen Gestaltung von Republik und Demokratie wider, die man der häufig attestierten „Selbstaufgabe“ des Liberalismus gegenüberstellen kann. Unter den Linksliberalen bestand ein Bewusstsein für die Notwendigkeit, die gesamte Bevölkerung an die neue Staatsform zu binden und eine Erziehung zu liberalen und staatsbürgerlichen Tugenden zu fördern.⁶⁶ Theodor Heuss sprach in diesem Zusammenhang bekanntlich von der Demokratie als „Lebensform“.⁶⁷ Eine Konjunktur für den Linksliberalismus und dessen Demokratieverständnis hatte es aber nur zu Beginn der Weimarer Republik gegeben, und die DDP konnte diese weder langfristig erhalten noch von ihr profitieren. Ein Weg für die älteren Linksliberalen, der zunehmenden Diskrepanz zwischen gesamtgesellschaftlichem Gestaltungsanspruch und Misserfolg an der Wahlurne zu begegnen, war eine Übertragung eigener Bedürfnisse, Wünsche und Ziele auf eine zukünftige Jugend. Diese Projektionen auf die nächste Generation waren jedoch kaum mit stichhaltigen Argumenten zu begründen.

Repräsentanten der demokratischen Jugendbewegung bzw. Studentenschaft reagierten auf diese Konstellation mit diskursiven Mitteln und räumten Schlagworten wie „Führung“, „Elite“ und „Auslese“ eine stärkere Rolle ein.

⁶⁵ Gangl, Die Gründung der „Deutschen Hochschule für Politik“, S. 85f.

⁶⁶ S. Llanque, Der Weimarer Linksliberalismus, S. 170-175. u. 179.

⁶⁷ Theodor Heuss, Die Neue Demokratie, Berlin 1920, S. 155-159.

Die demokratische Jugendbewegung führte jedoch ab den frühen zwanziger Jahren eine Randexistenz und war schon aus Mitglieder-mangel von politischem Einfluss oder politischer Breitenwirkung ausgeschlossen. Zudem sind in diesem Kontext die Ambivalenzen im Demokratiediskurs sowie die Bedeutung illiberaler Kategorien, beispielsweise die des „Führertums“, schon in den frühen 20er Jahren auffällig. Langfristig konnte der Linksliberalismus von der darin zum Ausdruck gebrachten Kritik an der parlamentarischen Demokratie weder profitieren noch den Gegnern der Republik, insbesondere dem Nationalsozialismus, Konkurrenz machen.

Ihre bildungspolitischen Ziele konnte die DDP nicht realisieren, und auch die Deutsche Hochschule für Politik entfernte sich im Laufe der 20er Jahre deutlich davon, eine „Bastion“ der Demokraten zu sein.⁶⁸ Auch die Bemühungen, die Jugend für sich, die Republik und die Demokratie zu gewinnen, schlugen fehl. Das wird vielleicht durch den letzten Versuch der DDP im Jahr 1930 am deutlichsten, durch die Kooperation mit dem völkischen Jungdeutschen Orden und der Volksnationalen Reichsvereinigung in der Deutschen Staatspartei eine neue, verjüngte liberale Alternative in den Jahren nach der Weltwirtschaftskrise zu schaffen.⁶⁹ Nicht nur scheiterte so der letzte Versuch des organisierten Liberalismus, die Jugend an sich zu binden, sondern es wurde auch die Aufgabe liberaler Grundprinzipien manifest, die im Demokratiediskurs der frühen Weimarer Republik noch deutlich erkennbar gewesen wa-

⁶⁸ Gangl, Die Gründung der „Deutschen Hochschule für Politik“, S. 77.

⁶⁹ Jones, German Liberalism and the Alienation of the Younger Generation, S. 314-316 u. ders., Liberalism and the Challenge of the Younger Generation. The Young Liberal Struggle for a Reform of the Weimar Party System, 1928-30, in: Krabbe (Hrsg.), Politische Jugend, S. 106-128.

ren.⁷⁰ Somit hat der organisierte Linksliberalismus trotz intensiver Debatten in diesem Kontext letztlich keine praktische Erfolgsbilanz vorzuweisen. Hier lagen ganz offensichtlich programmatische Widersprüche vor, die geeignet sind, den Niedergang des Liberalismus in Weimar mit zu erklären.

Zitation:

Jacob S. Eder: Die zukünftigen „Ideenträger der Republik“? Linksliberale Diskurse über Jugend und politische Bildung in den frühen 20er Jahren, in: HEUSS-FORUM 2/2015, URL: www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum_2_2015.

⁷⁰ Langewiesche, Liberalismus in Deutschland, S. 251.